

## Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

# Die Reichsanstalt als Geldquelle

Es könnten 600 000 Arbeitslose unterstützt werden!

„Von „unterrichteter Seite“, also zweifellos vom Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, wird mitgeteilt, daß die Maßnahme der Reichsregierung, für die Unterstützten in den Gruppen I bis VI in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge, soweit sie verheiratet sind, die Unterstüfung um etwa 2 Mark die Woche während des Winters zu erhöhen, getroffen worden sei, ohne daß die Reichsregierung die dafür angelegten 70 Millionen Mehrkosten aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt habe. Diese notwendige Summe werde also „aus den Ersparnissen der Reichsanstalt“ aufgebracht.

Die Reichsanstalt macht also Ersparnisse? Um das Erstaunen darüber nicht zu groß werden zu lassen, wird von besagter unterrichteter Seite ein Ueberblick über die Finanzlage der Reichsanstalt gegeben. Danach habe das Beitragsaufkommen vom 1. April bis 30. September trotz Rückgangs der Beitragszahler und der Löhne eine halbe Milliarde Mark übererschritten, so daß man für das ganze Haushaltsjahr mit mehr als 1 Milliarde rechnen könne. Nun sei der Unterstüfungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung auf sechs Wochen beschränkt worden, worauf die Hilfsbedürftigkeitsprüfung einsetzt. Dadurch sei die Zahl der Unterstüfungen stark gesunken. Ebenso sei die Höhe der

Unterstützung „auf das äußerste herabgesetzt“, so daß der durchschnittliche Unterstüfungsaufwand in der Versicherung sich auch nach Einführung der Wintererhöhung auf etwa 44 Mark monatlich belaufen werde. Infolgedessen habe die Reichsanstalt nicht nur die 70 Millionen „aus eigenen Mitteln“, d. h. aus Mitteln der von den Versicherten und den Unternehmern geleisteten Beiträge aufbringen können, sondern sie habe auch im starken Umfange sich an der Finanzierung der Hilfsarbeiten und des freiwilligen Arbeitsdienstes beteiligt. Darüber hinaus hat die Reichsanstalt für das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zunächst 20 Millionen aufgebracht und werde zum zweiten Plan eine noch viel größere Summe zuschießen.

Zußerdem hat die Reichsanstalt dem Reich seit dem 1. April 1932 aus ihren Uebererschüssen 160 Millionen zur Verfügung gestellt zur Aufbringung der Mittel für die Krisenfürsorge und die Wohlfahrtspflege. Darüber hinaus werde die Reichsanstalt aus der neuen Abgabe zur Arbeitslosenhilfe dem Reich 240 Millionen zuführen. Dann heißt es:

„Hätte die Reichsanstalt den Uebererschuß von 160 Millionen Mark verwendet, um den Kreis der Unterstüfungen zu erweitern, die sie aus eigenen Mitteln zu betreuen hat, so hätte sie, unbeschadet ihrer sonstigen finanziellen Hilfs-

stellungen, die Zahl der von ihr Betreuten um mehr als 600 000 ausdehnen können.

Im übrigen rechnet die Reichsanstalt im zweiten Halbjahr mit einem Ueberchuß von 200 Millionen. Zum Schluß heißt es dann in der Mitteilung:

„Diese Zahlen und die laufend veröffentlichten Finanznachweise der Reichsanstalt zeigen, welchen starken Faktor die Reichsanstalt innerhalb der gesamten Arbeitslosenhilfe ausmacht, wie stark sie auf diesem Gebiete als Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden wirkt und wie sehr die Reichsregierung auf die finanziellen Mittel der Reichsanstalt zurückgreift.“

In den ersten Jahren der Arbeitslosenversicherung sind von Reich, Ländern und Gemeinden für mehr als 2½ Milliarden Zuschüsse an die Reichsanstalt geleistet worden. Jetzt, unter der „grundföhligen neuen Staatsföhrung“ der Nazibarone ist die Reichsanstalt zu einer Geldquelle für das Reich geworden. Mindestens 600 000 Arbeitslose könnte die Reichsanstalt aus eigenen Mitteln mehr unterstützen. Aber der Staat soll nach dem Worte von Papen keine Wohlfahrtsanstalt sein. Wenigstens nicht für Arbeitslose. Für Prämien und Steuererlöse an die Kapitalisten sind allerdings Milliarden da.

Ueber diese „grundföhlige neue Staatsföhrung“ wird am 6. November das Urteil zu fällen sein!

## KPD. entlarvt

Von Max Westphal

Die Taktik der KPD. war stets darauf gerichtet, mit den Mitteln des außerparlamentarischen Kampfes, mit Gewalt die politische Macht in Deutschland zu erobern. Die Kommunisten waren immer wieder bestrebt, den politischen Kampf zu außerparlamentarischen und gewaltmäfligen Auseinandersetzungen zu „steigern“. Das sogenannte „Weitertreiben der Revolution“ 1918/19, der Osterputsch in Mitteldeutschland 1921, der Hamburger Putsch 1923, der Maiputsch in Berlin 1929 sind die bekanntesten Wahrzeichen dieser Taktik.

Alle diese Putsch waren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse und den Sozialismus. Sie haben der Arbeiterschaft außer vielen nutzlosen Blutopfern und außer der Steigerung des Hasses im Bruderkampf nichts gebracht, zum Erstarken der Reaktion und des Faschismus aber sehr viel beigetragen.

Paul Levi, damals noch Föhrer der Kommunisten, schied wegen des mitteldeutschen Putsches aus der Partei und hielt in der Broschüre „Unser Weg“ fürchterliche Abrechnung mit diesem „bolschewistischen Wahnsinn“. — Ueber den Putsch von 1923 sagte Brandler, damals Föhrer der Kommunisten: später einmal:

„daß es ein Fehler war, sich von den russischen Genossen breitschlagen zu lassen und auf der Grundlage der falschen Analyse der Lage und der von Trotski... verfochtenen Terminsetzung für den Aufstand, der Umstellung der Partei von der Defensiv... auf die direkte Offensive zuzusteuern. Er glaubte, die russischen Genossen mit ihrer siegreichen Revolution konnten ein solches Verlangen stellen. Die von den russischen Genossen zur Verfügung gestellten Spezialisten versagten auf Grund ihrer Unkenntnis der speziellen Kampfbedingungen und Besonderheiten des deutschen Kampfterrains im wesentlichen und erzeugten z. T. nur Desorganisation“. („Rote Einheit“, Nr. 4, April 1929.)

Aber hören wir noch, was der ehemalige Kommunist Zeutschel über die Auslöschung des Hamburger Kampfes berichtet:

„Als es feststand, daß die SPD-Leute (auf dem Chemnitzer Betriebsrätekongreß, D. B.) nicht das Spiel der KPD. mitmachen wollten, gab Leddy in einer Aufwallung den Kurieren den Befehl zur Abreise — mit dem Befehl zum Aufstand. Unmittelbar nach der Betriebsrätekonferenz trat die KPD.-Zentrale zu einer Sitzung zusammen, um über die weiteren Schritte zu beraten. Im Grunde waren alle froh über die Ablehnung der Sozialdemokraten... Da plögte die Mitteilung Leddys von der Abendung der Kuriere wie eine Bombe herein. Alles sprang von den Söhen auf und starrte sich entseuert an. Brandler erhielt zuerst sein kühles Blut wieder. Er schickte sofort einige ihm ergebene Leute los, um die Kuriere anzuhalten. Es war noch keiner abgereist bis auf den Hamburger und den Medienburger. Ihr Zug mußte gerade in dem Moment abfahren,

## Ein Hohenzollern-Porträt

Gezeichnet vom Stahlhelm

August Wilhelm Prinz von Preußen, auch Prinz Auro genannt, hat am Dienstag im Sportpalast in Nazimantier gegen den Stahlhelm geredet. Die Reichspressestelle des Stahlhelm antwortet, indem sie das folgende Porträt des Hohenzollernspröhlings zeichnet:

„Seine königliche Hoheit Prinz August Wilhelm von Preußen, der die finanziellen, materiellen und gesellschaftlichen Vorteile seiner Stellung durchaus in Anspruch nimmt,

die er lediglich dem erfolgreichen Kampf nationaler Kräfte gegen die Föhrerentseignung zu verdanken hat,

hält es für angebracht, in letzter Zeit in öffentlichen Versammlungen, so auch in der gestrigen Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei im Berliner Sportpalast, den Stahlhelm, insbesondere seine Bundesföhrung, auf das schärfste zu kritisieren. Renegateneifer ist bekannt.

Während des vierjährigen Weltkrieges und in der Nachkriegszeit bis 1927 hat der Prinz eine bemerkenswerte Zurückhaltung beobachtet. Deutschland wurde vor dem roten Bolschewismus in den Jahren 1918 bis 1924 gerettet, wahrlich nicht durch die Nationalsozialisten!

Im Jahre 1927 kam der Prinz zum Stahlhelm und schwor bei jeder passenden Gelegenheit den Bundesföhrern öffentlich die Treue. Er verließ trotzdem nach etwa drei Jahren die Stahlhelmbewegung, weil er sich nicht genügend beachtet glaubte,

seine Reden und Bilder nicht oft genug in der Stahlhelmpresse gebracht wurden.

Jetzt wirft der Prinz öffentlich dem Stahlhelm

Unmoralität vor. Wir empfehlen ihm, sich zunächst mit der Moral in der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei zu beschäftigen, aus der namhafte Mitglieder wegen der unmoralischen Zustände laut öffentlicher Erklärung ausgetreten sind.“

Das Porträt ist von Kennern gezeichnet. Ein echtes Hohenzollernporträt!

## Aus Nazi-Thüringen

Stadtrat mit Arbeitermehrheit aufgelöst

Jella-Mehlis (Thür.), 26. Oktober.

Das thüringische Innenministerium hat den Stadtrat von Jella-Mehlis mit sofortiger Wirkung aufgelöst, weil er wiederholt Beschlüsse gefaßt

habe, die undurchführbar gewesen seien und die vom Staatsbeauftragten wieder aufgehoben werden mußten. Die Neuwahl findet am 4. Dezember, dem Tage der Thüringer Kommunalwahlen statt. In dem aufgelösten Stadtrat hatten die Kommunisten mit einem Sozialdemokraten die Mehrheit, dem standen vier bürgerliche und drei Nationalsozialisten gegenüber.

## Habsburger Keile

Mit Stinkbomben

Hamburg, 26. Oktober.

Die gestrige deutschnationale Wahlversammlung in den Elbdeker Bürgerhöfen wurde von Nationalsozialisten gestört. Gleich zu Beginn der Versammlung machten sie Zwischenrufe, dann sangen sie das Horst-Wessel-Lied und warfen schließlich Stinkbomben. Zwischen ihnen und dem deutschnationalen Saalschutz kam es zu Prügeleien, so daß die Polizei eingreifen mußte. Die Prügeleien lehten sie auch auf der Straße fort, sie riefen „Hugenberg verreckel“ und räumten erst das Viertel, als Schnellwagen der Polizei eingesetzt wurden.

# Heute große Wählerkundgebung!

## Wir zeigen unsere Macht im Berliner Westen!

In den Tennishallen, Wilmersdorf, Brandenburgische Straße 53, sprechen heute, 27. Oktober, um 20 Uhr, ALBERT GRZESINSKI und EMIL GROSS. Eintrittspreis 30 Pf. Für Erwerbslose gegen Vorzeigung der Stempelkarte 10 Pf.

## Heraus zum Bekenntnis für die Freiheit gegen die Reaktion!

# Der Standpunkt der Preußenregierung

Zu Verhandlungen über die Durchführung des Urteils bereit — Ernste Mahnung an das Reich

als die Boten losließen. Aber es war doch nur der Hamburger abgereist. Der Mecklenburger hatte noch vor der Abreise eine Tasse Kaffee im Wartesaal getrunken und war just in dem Augenblick auf den Bahnsteig getreten, als der Hamburger Zug, mit dem auch er fahren mußte, aus der Halle dampfte... Für Hamburg war der Befehl zum Aufstand gegeben. Eine Tasse Kaffee war schuld daran, daß er nicht auch nach Mecklenburg gelangte."

Noch eine dritte Großaktion der Kommunisten sei hier angeführt, der Ruhrstreik 1930. In der Zeitschrift „Die kommunistische Internationale“ (Märzheft 1931) wird die Resolution des Zentralkomitees der KPD über diesen Kampf wiedergegeben, und darin heißt es u. a.:

„Die jüngsten Bewegungen und Massenstreiks offenbarten zugleich mit der ungeheuren Steigerung der Kampfkraft und des revolutionären Kampfes der breitesten Massen eine außerordentliche organisatorische Schwäche, mangelndes Orientierungsvermögen, einen Mangel an Entschlossenheit und praktischer Tatkraft der Partei und KPD... Die zentrale Kampfleitung wurde zwar auf breiter Grundlage der Einheitsfront gewählt, die selbständige Arbeit dieser Leitung wurde aber nicht genügend gefördert. Die kollektive Zusammenarbeit und die Heranziehung der neu in die zentrale Streikleitung gewählten — natürlich noch unerfahrenen Genossen — wies darum mancherlei Mängel auf... Besonders stark machte sich auch das Fehlen eines gut funktionierenden Vertrauensmännerkörpers bemerkbar... Schließlich sei auf den Opportunismus hingewiesen, der in allen Formen auftrat und der u. a. dadurch seinen Ausdruck fand, daß „rote“ Betriebsräte sich bewußt verschleiften, sich weigerten, den Streik auszulösen und daß viele Strafzellen die Auffassung vertraten, als sei die Streikbewegung eine Angelegenheit der KPD.“

Braucht man da noch Worte der Kritik hinzuzufügen? Ist diese Selbstkritik nicht eine Selbsthinrichtung? So aber sind alle Aktionen der Kommunisten ein wildes Hazardspiel gewesen und nicht „revolutionäre Klassenpolitik“. Diese Taktik schwächte die Arbeiterbewegung und stärkte die Reaktion!

Aber das Anwachsen der Reaktion brachte den Kommunisten nicht die Einsicht von der Verfehltheit ihrer Taktik, vielmehr entstand bei ihnen die hirnverbrannte Idee, die Reaktion als Vorspann für die Entfesselung der Revolution zu benutzen. Erst wenn der Faschismus gesiegt hat, kann die kommunistische Revolution kommen — das war die neue Linie. Deshalb die Beteiligung am Stahlhelm-Nazi-Volksbegehren in Preußen. Deshalb das Ueberlaufen von 500 000 Kommunisten zu Hitler beim 2. Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Dies war das Ereignis, das der kommunistischen „Welt am Abend“ seinerzeit das Geständnis entlockte, daß „in Berlin einige tausend Kommunisten aus revolutionärer Ungeduld, um die Entscheidung rascher herbeizuführen, für Hitler stimmten...“

Diese sogenannte „revolutionäre Ungeduld“ war Wegbahnerin der Reaktion, sie war im April 1932 der direkte Weg zum Faschismus! Der Kampf der Sozialdemokratie für den Sozialismus und gegen die Reaktion wurde von den Kommunisten stets diffamiert und sabotiert. „Alles oder Nichts“ war immer die Parole, nach der man arbeitete. Jede Verbesserung in der Lebenslage der Arbeiterschaft könnte ja dem revolutionären Geiste Abbruch tun. Aus diesem Geist nannte zum Beispiel 1927 der kommunistische Redner im Reichstag das zur Beratung stehende Arbeitslosenversicherungsgesetz... ein Klassen-gesetz „übelster Art“ und verkündete: „Auch dieses Gesetz wird, wie alle anderen Gesetze der Bourgeoisie dereinst im Feuer der Revolution verbrennen.“ Und jetzt wollen die Kommunisten für dieses Gesetz auf die Barrikaden steigen!

Für jeden denkenden Arbeiter ist die kommunistische Politik gerichtet. Gewiß, radikal gestimmte Massen wählen kommunistisch. Aber das Gros dieser Wähler ist, wie oft bewiesen, keineswegs bereit, aus diesem Radikalismus Konsequenzen zu ziehen. So ist dieser ganze KPD-Radikalismus hohl, unfruchtbar und wirkt nur lähmend auf den Kampf der Arbeiterbewegung. Diesen Radikalismus überwinden und die ganze Kraft der Klasse konsequent positiv für den sozialistischen Aufbau über den Weg der „sozialen Errungenschaften“ einsehen — das ist der Weg zum Sozialismus! Wir müssen dafür sorgen, daß er von der Arbeiterbewegung geschlossen und kraftvoll gegangen werden kann.

Die preussische Staatsregierung hatte zu Mittwochabend die Pressevertreter zu sich geladen. Vor der überaus zahlreich besuchten Konferenz sprach zunächst der Vertreter der Klage Preußens vor dem Staatsgerichtshof, Ministerialdirektor Dr. Brecht:

Nicht nur allgemein, sondern spezialisiert, stellt das Leipziger Urteil fest, daß die Vorwürfe einer Pflichtverletzung Preußens unberechtigt sind. Das ist das Wichtigste für Preußen und für Deutschland überhaupt. Das Reich fürchtete mit Artikel 48.2 nicht durchzukommen und mußte daher versuchen, eine Pflichtverletzung darzulegen; je stärker das Geschick, desto stärker mußten wir dagegen ankämpfen. Nun aber, nach der ständigen Ansicht des Reichsgerichts, daß mit dem Artikel 48 nicht in die Hoheitsrechte der Länder eingegriffen werden kann, hat der Staatsgerichtshof aufrechterhalten. Während das Reich erklärte, der Reichskommissar sei die Landesregierung, hat Preußen betont, daß er immer Organ des Reiches bleibt, welches zwar die Zuständigkeiten der Länder zusammenpreßt, aber nicht aufheben oder beseitigen kann. Dem hat der Staatsgerichtshof am Schluß seiner Begründung zugestimmt: im Namen des Landes hat nur die Landesregierung zu sprechen, niemals aber ein Reichskommissar, wenn auch zeitweise Zuständigkeiten der Landesregierung auf ihn übertragen sind.

Preußen hat rund 50 Reichstatsbevollmächtigte, die vom Kabinett Braun-Seydewitz ernannt worden sind. Diese Liste ist ja auch noch Ende August — ob durch Lapfus oder Abficht, bleibe unerörtert — dem Reichstag vorgelegt worden. Diese Bevollmächtigten haben nun auch weiterhin ihr Amt im Reichsrat auszuüben.

## Ministerpräsident Braun

zu dessen Ehren sich die ganze Konferenz erhoben hatte, als er den Saal betrat — führte aus: Es liegt im Interesse des Landes, sich auf den Rechtsboden dieses Urteils zu stellen und an seiner loyalen Ausführung sachlich mitzuarbeiten. Durch die Zurückweisung des insamerikanischen Vorwurfs der Pflichtverletzung Preußens gegenüber dem Reich ist die Atmosphäre etwas gereinigt und die Möglichkeit gegeben, die notwendige Neuregelung zu treffen.

Verwirrung ist nicht durch das Urteil geschaffen, sondern durch die Verordnung vom 20. Juli. Der Staatsgerichtshof hat versucht, an Stelle dieser Verwirrung eine klare Rechtslage zu stellen. Wenn ihm das nicht ganz gelungen ist, dürfen wir ihn nicht kritisieren, sondern müssen an den Ausgangspunkt dieser Verwirrung zurückkehren.

# Neuer Nationalsozialismus

Nationalistischer Humbug der KPD.

Unsere Enthüllung des verräterischen Charakters des Wahlaufsatzes der KPD hat bei der kommunistischen Zentrale weitestgehende Hervorgehoben. Aber was gibt es da zu bestreiten? Denn inzwischen geht das Zentralkomitee der KPD mit einem neuen Antrag hantieren, den die Kommunisten im nächsten Reichstag stellen wollen und dessen erster Artikel lautet: „Der Versailleser Vertrag wird sofort außer Kraft gesetzt und für null und nichtig erklärt.“

Das ist die blödsinnigste nationalistische Aktion, die denkbar ist. Sie ist noch blöder als alles, was die Nazis auf diesem Gebiete bisher geleistet haben. Es ist eine Lüge gegenüber der Arbeiterklasse, der man erzählen will, daß sie infolge „des räuberischen Diktates von Versailles mit einer zermalenden Last des Elends bedrückt werde“. Es ist eine Verkleinerung der Klassenkampfsituation in Deutschland, eine Täuschung der Arbeiterschaft über die Lage, über ihre Aufgaben, über die Wege zu ihrer Rettung und Befreiung.

Wie einst Eugenberg predigte: fort mit Young-Plan, und alles wird besser, so predigt jetzt die Zentrale der KPD: fort mit Versailles, und alles wird besser. Es sind die Methoden politischer Gesundheits- und Volksbetrüger, die damit geübt werden.

Dieser plötzliche Ausbruch nationalsozialistischen Jersians bei der Zentrale der KPD, ist aus deutschen Verhältnissen und aus der deutschen Klassenkampflage gar nicht zu erklären. Er ist nur erklärlich als Auswirkung eines strikten Befehls, den die Heloten in der KPD-Zentrale von Moskau empfangen haben. Stalin und seine Decater spielen ein wenig Nationalsozialismus, sie blasen in das chauvinistische Feuer, weil sie es für sich für nötig halten — und ihre Heloten in Deutschland unterstützen damit hirnlos und sinnlos das Spiel der Nationalisten und Kriegsheer!

Ich will nicht darauf eingehen, ob die Voraussetzungen zu einem derartigen Vorgehen bestanden haben und ob es nicht zweckmäßig gewesen wäre, daß der Reichspräsident, ehe er solche durchgreifende Maßnahmen erließ, wie auch früher mich zu sich gebeten und mit mir die Dinge durchgesprochen hätte, sondern derartig einschneidende Maßnahmen gegen die preussische Staatsregierung erlassen hat, ohne vorher den Versuch gemacht zu haben, mit dem verantwortlichen preussischen Minister Führung zu nehmen.

Als geschäftsführendes Ministerium sind wir nach der Verfassung verpflichtet, die Geschäfte des Landes zu führen, bis uns eine vom Landtag gewählte Regierung abhört. Die Begründung der Verordnung vom 20. Juli mit dem „nur“ geschäftsführenden Charakter der Regierung geht fehl. Mir und meinen Kollegen wäre nichts lieber, als wenn der Landtag seine Pflicht erfüllte und eine Regierung wählte. Solange er das nicht tut, müssen wir gemäß der Verfassung die Geschäfte weiterführen.

Nun erklärt der Staatsgerichtshof uns zur Landesregierung, die die Hoheitsinteressen Preußens zu vertreten hat, und zwar gegenüber dem Landtag, dem Staatsrat und dem Reichsrat sowie auch der Öffentlichkeit und dem Reiche gegenüber. Die Exekutive oder die Amtsbefugnisse hat der Reichskommissar für sich in Anspruch genommen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten. Es wird sehr schwer sein, diese Abgrenzung praktisch durchzuführen. Das Staatsministerium wird nichts tun, um die Regelung auf Grund des Urteils zu erschweren.

Wenn einzelne Zeitungen durchbilden lassen, der Reichskommissar habe das Geld, die Beamten und den Apparat, also könne die gesetzliche Regierung nichts machen, so wird damit bei den verantwortlichen Reichsstellen eine Böswilligkeit vorausgesetzt, die ich der Reichsregierung nicht unterstellen möchte. Ich bin der Auffassung, daß die Reichsregierung ebenso wie die Landesregierung das Urteil respektieren und bemüht sein wird und muß, im Interesse des Reiches und Preußens einen Ausgleich zu finden.

Gewiß besteht eine Reihe von Schwierigkeiten. Kleine Anfragen aus dem Landtage soll die Staatsregierung beantworten. Wie könnten wir das, ohne daß uns der Beamtenapparat und die Akten zur Verfügung gestellt werden? Die Verfassung verpflichtet uns, dem Staatsrat

allmonatlich Auskunft über die laufenden Geschäfte zu geben. Wie sollen wir das durchführen, wenn der Kommissar die Akten für sich nimmt und uns nicht informiert? Wir sollen unsere Reichsratsvertreter für die Stellungnahme zu den Vorlagen der Reichsregierung instruieren. Wie sollen wir das machen, wenn uns nicht die Sachberater zur Verfügung stehen, um uns zu informieren? Preußen und das Reich müssen also einen Modus finden, der ein reibungsloses Arbeiten gewährleistet.

Die Reichsregierung wird sich ernstlich fragen müssen, in welchem Umfange und wie lange noch sich die Zustände und Maßnahmen aufrechterhalten lassen, die auf Grund der Verordnung vom 20. Juli geschaffen worden sind.

Übrigens haben wir Ruhe und Ordnung mindestens in demselben Maße aufrechterhalten wie der Reichskommissar, wir sind aber ohne Zucht- und Hausordnung ausgekommen! Ich sehe allerdings nicht ein, warum zur Sicherung der Ordnung und Ruhe z. B. dem Landwirtschaftsminister die Stierfütterung und die Bullenprämiierung, warum dem Handelsminister die Porzellanmanufaktur und dem Finanzminister das Katasterwesen oder mir die Verwaltung der Archive der alten Ämter des Großen Kurfürsten und Friedrich des Großen entzogen werden mußten.

Solange politische Parteien die Faust an Stelle des Kopfes gebrauchen, werden sich Leute auf den Straßen herumprügeln. Das kann aber keine Rechtfertigung dafür sein, die Ausnahmemaßnahmen dauernd aufrechtzuerhalten!

Die Staatsregierung ist bereit, loyal und sachlich, zum Besten des Reiches und Preußens an der Abjurgation dieser Fragen mitzuwirken.

Was die Reichsreform anbelangt, so ist allgemein bekannt, daß ich stets darauf bedacht gewesen bin, dem Reiche nicht unnötig Schwierigkeiten zu bereiten. Auch gegenüber seinen wechselnden und oft sehr verschiedenartigen Kabinetten war Preußen stets von diesem Bestreben geleitet. Der Weg, den die Reichsregierung durch eine gewaltsame Reichsregulation eingeschlagen hat, die in ihren wesentlichen Teilen jetzt durch den Staatsgerichtshof als verfassungswidrig abgelehnt wurde, ist nach meiner Meinung nicht der geeignete Weg zum Besten des Reiches und Preußens und zum Nutzen der ganzen brennenden Reichsreform. Dieser Weg muß so bald wie möglich verlassen, aber daraus die Lehre gezogen werden, daß man gemeinsam etwas Vernünftiges zum Besten beider Teile herbeiführen muß.

Auf verschiedene Fragen antwortete der Ministerpräsident noch:

Von einer Besprechung des Reichspräsidenten mit mir oder der Reichsregierung mit uns ist mir bisher außer den Zeitungsmeldungen nichts bekannt. Das letztere aber wäre gewiß zu begrüßen. Was die Beurlaubung anbelangt, so sind uns die Einzelheiten dieser Transaktion noch nicht bekannt. Darum können wir auch noch nicht sagen, was daran Hoheitsinteresse und was Amtsbefugnis ist. Das Reich ist ja an der Preußenfrage seit zwei Jahren finanziell und verwaltungsmäßig beteiligt. Ich kann mir allerdings nicht denken, wie es ohne Verletzung der Verfassung möglich sein sollte, preussisches Vermögen ohne Zustimmung des Landtages und des Staatsrats abzutreten!

Schließlich erklärte der Ministerpräsident zu dem in der Presse angeforderten Erlass des stellvertretenden Reichskommissars Dr. Bracht an die Beamten, soweit darin die Beamten zur Erfüllung ihrer Gehorsamspflicht aufgefordert würden, wäre dagegen selbstverständlich nichts einzumenden, sollten jedoch die Beamten zur Gehorsamsverweigerung gegenüber dem Staatsministerium auf dessen vom Staatsgerichtshof umschriebenen Wirkungsbereich aufgefordert werden, so wäre das eine Zuwiderhandlung gegen das Urteil.

## Brecht bei Meißner

Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht hatte am Mittwochabend eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten. Die Unterredung galt der Ausführung des Leipziger Urteils.

## Brachts Erlaß

Der Reichskommissar Bracht hat am 26. Oktober 1932 an alle preussischen Behörden folgenden Erlass gerichtet:

„Die Gehorsamspflicht der preussischen Beamten gegenüber dem durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 eingesetzten Reichskommissar und den von ihm bestellten Vertretern steht nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 25. Oktober 1932 fest.“

## Die nationale Weitsche

### Neues Sinnbild des Aufbauwillens

Heinrich Heine, auf dessen Geburtstagsfeier in Düsseldorf seine Worte stehen: „Denk ich an Deutschland in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht“, läßt einen Vorkäufer späterer Zeiten sagen: „Wir brauchen ein Nationalzuchthaus und eine gemeinsame Weitsche.“

Nicht von ohngefähr trägt Adolf Hitler, wo er geht und steht, eine Hundes-, neuestens Nilpferdweitsche mit sich. Aus dem Auto, in dem er durch Magdeburg fuhr, ist — natürlich in tausender Fahrt — mit Weitschenblieben auf Republikaner am Straßenrand eingehauen worden; die Polizei hat die Weitsche nachher aus dem Luxuswagen herausgeholt.

Nun lesen wir in Wiener Zeitungen, daß am Begräbnistage der zwei Aufbauwilligen, die unter den Angreifern des Arbeiterheims Simmering gewesen waren und dort erschossen worden sind, Hakenkreuzler mit Hundepettschaften um die frischen Gräber kreisten und friedliche Friedhofsbesucher anstankerten und bedrohten. Erst herbeigerufene Polizei konnte dem ein Ende machen.

An der Wiener Universität mußte auf Antrag der jüdischen Studenten die Einschreibungsfrist verlängert werden, da die täglichen Ueberfälle der Aufbauwilligen auf Vernünftige es diesen unmöglich macht, zur Einschreibung zu gelangen. Auch am gestrigen Mittwoch mußten wieder Verletzte verbunden, einer sogar rasch abtransportiert werden!

# 48 Monate Zuchthaus!

## Gegen drei katholische Arbeiter

Von der Presse völlig unbeachtet, hat sich gestern vor der zweiten Großen Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Siebert eine neue Verurteilung abgepflegt, die abermals die unerbürdete Härte der letzten Antiterrorverordnung aufzeigt. Wegen einer in der Nacht vom 13. August ausgebrochenen Schlägerei an der Ecke der Wilmersdorfer und Kanistraße, bei der keineswegs ernsthafte Verletzungen entstanden sind, ist

der Fahrstuhlführer Erwin Kupczak zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus, sein Bruder Bruno Kupczak und sein Freund, der Arbeiter Kubalczyk zu je 15 Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Gegen alle drei wurde Haftbefehl erlassen und Bewährungsfrist „wegen der Schwere der Tat“ abgelehnt.

Alle drei Angeklagten sind strenge Katholiken, die sich politisch überhaupt nie betätigt haben und höchstens der Zentrums-Partei als Wähler nahe stehen. Erwin K., der Fahrstuhlführer im Café König ist, ein wegen seines ruhigen, höflichen Wesens bei allen Berufs- und Gästen gleich beliebter Mensch, der erst zwei Monate zuvor geheiratet hat, soll nach einer Geburtstagsfeier seiner jungen Frau in etwas angeheitertem Zustand mit einem Nationalsozialisten zusammengestoßen sein.

Ueber die Entstehung dieser Keilerei war schon deshalb nicht volle Klarheit zu erlangen, weil der zu Boden geschlagene Nationalsozialist als Belastungszeuge zugeben mußte, daß er selber angegriffen war. Ist er wirklich „Razischwein“ tituliert worden, wie er behauptete, wer hat zuerst geschlagen, läßt sich die Angelegenheit überhaupt als politisch bezeichnen? Lauter Fragen, die nicht eindeutig beantwortet werden können. Daß Erwin K. eine gewisse Antipathie gegen Nationalsozialisten empfand, mag schon zutreffen, wenn man bedenkt, daß er als Fahrstuhlführer im Café König wiederholt das Ueberfallkommando gegen hakenkreuzlerische Romdys alarmieren und Gäste gegen antisemitische Kräfte schlagen mußte.

Jedenfalls steht fest, daß sich Vorfälle ereigneten, die sich mit dem Angeklagten Erwin Kupczak und mit den inzwischen hinzugekommenen Bruno Kupczak und Kubalczyk herumschlugen. Ein verletztes — nicht einmal lädiertes — Rasenbein und ein Schlag auf die Schläfe waren die ganze Bilanz dieser völlig unpolitisch gewordenen Schlägerei, wie sie buhndweise in Groß-Berlin jede Nacht vorkommt.

Und dafür 48 Monate Zuchthaus auf drei Angeklagte verteilt! 48 Monate Zuchthaus für etwas, was sonst mit 50 Mark Geldstrafe oder höchstensfalls zwei Wochen Gefängnis mit Bewährungsfrist geahndet wird! Die Große Strafkammer ging sogar über die Forderung des Staatsanwalts hinaus, der nur die Mindeststrafe der Notverordnung, nämlich 1 Jahr Zuchthaus, beantragt hatte!

So geht das nicht weiter! Jedes neue Urteil auf Grund der Antiterrorverordnung vom 9. August ist ein Beweis mehr für die Notwendigkeit ihrer schleunigsten Aufhebung und darüber hinaus einer Ueberprüfung sämtlicher Urteile, die auf ihr beruhen!

## Waffen Schuld?

### Naziverbrecher auf der Flucht

In Birnaus wurde seinerzeit ein umfangreiches nationalsozialistisches Bombenlager aufgedeckt. Als Verfertiger der Bomben wurde der Nationalsozialist Theodor Eide festgestellt, der in einem großen Werk als „Sicherheitskommissar“ angestellt war. Eide hatte umfangreiche Sprengstoffdiebstähle begangen.

Am 15. Juli 1932 wurde er zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Strafe war ungewöhnlich milde. Eide verteidigte sich, daß er „aus lauterem patriotischen Motiven“ gehandelt hätte, er habe nämlich die Bomben angefertigt — zur Abwehr eines KPD-Putsches. Das Gericht hat ihm die Motive geglaubt. Wozu die NSDAP-Bomben gebrauchte, hat sich in der Terrorzeit nach der Wahl vom 31. Juli herausgestellt.

Als bald nach dem Urteil wurde der Strafvollzug ausgesetzt. Eide wurde auf sechs Wochen aus der Haft entlassen!

Welchem Verurteilten, der zwei Jahre Zuchthaus erhalten hat, passiert das sonst noch?

Aus den sechs Wochen sind Monate geworden, und jetzt ist Eide — seit drei Tagen kühnlich!

Dieser Eide hat Kollegen! Im Zusammenhang mit den nationalsozialistischen Mordtaten in Friedrichsfoog waren wegen der Ueberfälle auf Reichsbannerleute drei SA-Leute zu Zuchthausstrafen von 1 1/2 bis 2 Jahren verurteilt worden.

Bis auf einen, der sofort verhaftet werden konnte, sind die übrigen geflüchtet.

Mehrere Angeklagte waren zu Gefängnisstrafen von vier bis zehn Monaten verurteilt worden. Auch sie sind verschwunden. In den Nazikreisen an der Westküste erzählt man sich jetzt, daß die geflüchteten SA-Leute sich teils im Nazi-paradies Oldenburg, teils in Mecklenburg befinden.

Die Bemühungen der Staatsanwaltschaft, die ebenso feigen wie gewalttätigen Burthen in die Gefängnisse zu bringen, sind bisher ergebnislos geblieben.

## Sprengstoffurteil gegen Kommunisten

Leipzig, 26. Oktober.

In dem Prozeß gegen sieben Berliner Kommunisten, über den bereits berichtet wurde, fällt heute nach dreitägiger Verhandlung der vierte Strafsatz des Reichsgerichts folgendes Urteil: Die Angeklagten werden mit Ausnahme von Emmerich und Barnigte der Vorbereitung zum Hochverrat in Tateinheit mit Sprengstoffverbrechen und Vergehen gegen das Republikrecht, Kriegswaffen- und Schusswaffengesetz sowie der Angabe eines falschen Namens für schuldig befunden. Es werden verurteilt: Besniewski zu fünf Jahren und Behring zu vier Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf zehn Jahre. Behr und Beckmann zu je 2 1/2 Jahren und Bauersfeld zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre. Die Angeklagten Emmerich und Barnigte werden zu je zwei Jahren Festung verurteilt, wobei ihnen die Ueberzeugungstäterchaft zugebilligt wird.

## Funkstunde empfiehlt:

### Ein waschechter Putschist gegen die Republik

In einer neuen Reihe „Wir stellen vor“ hat die Funkstunde vor acht Tagen einen Dr. Edgar Jung aus München sprechen lassen, der unter anderem als Führer der Truppe vorgestellt wurde, die seinerzeit die Separatistenregierung erschöpfte und der von den Franzosen aus Saarbrücken ausgewiesen wurde.

# 9. November und Rundfunk

## Ein Protest des sozialistischen Kulturbundes

Der Sozialistische Kulturbund hat wegen der Ablehnung des Vortrages „Der 9. November und die Arbeiterschaft“ durch die Deutsche Welle und die Berliner Funkstunde, die vom „Vorwärts“ bereits gekennzeichnet wurde, an das Reichsministerium des Innern folgendes Schreiben gerichtet:

„Hierdurch unterbreiten wir dem Ministerium folgende Angelegenheit zur Entscheidung:

Bei der Direktion der Deutschen Welle und der Berliner Funkstunde hatten wir beantragt, in das Rundfunkprogramm am 9. November einen Vortrag des früheren Herrn Reichstagspräsidenten Paul Lbbe über das Thema „Der 9. November und die Arbeiterschaft“ aufzunehmen. Die Direktionen der genannten Sender haben den Vorschlag abgelehnt mit der Begründung, es sei zu befürchten, „daß dieser Vortrag zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit Anlaß geben und mithin zu einer Verschärfung der politischen Gegensätze beitragen würde“.

Die Begründung der Ablehnung erscheint uns nicht stichhaltig. Vielmehr dürfte die Befürchtung, daß der Vortrag zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit Anlaß geben und damit zu einer Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze beitragen würde, noch weit mehr für die Ablehnung des Vortrages zutreffen. Denn weite Kreise der Arbeiterschaft und darüber hinaus der republikanischen Bevölkerung werden diese Ablehnung als eine Mißachtung ihrer Gefühle empfinden. Die Ablehnung wirkt um so verbitternder,

als in letzter Zeit eine große Anzahl nationalsozialistischer und rechtsgerichteter Darbietungen zugelassen worden ist, die teilweise zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt haben, also in ihrer Wirkung nicht anders zu bewerten sind als der Vortrag zum 9. November fälschlich beurteilt wird.

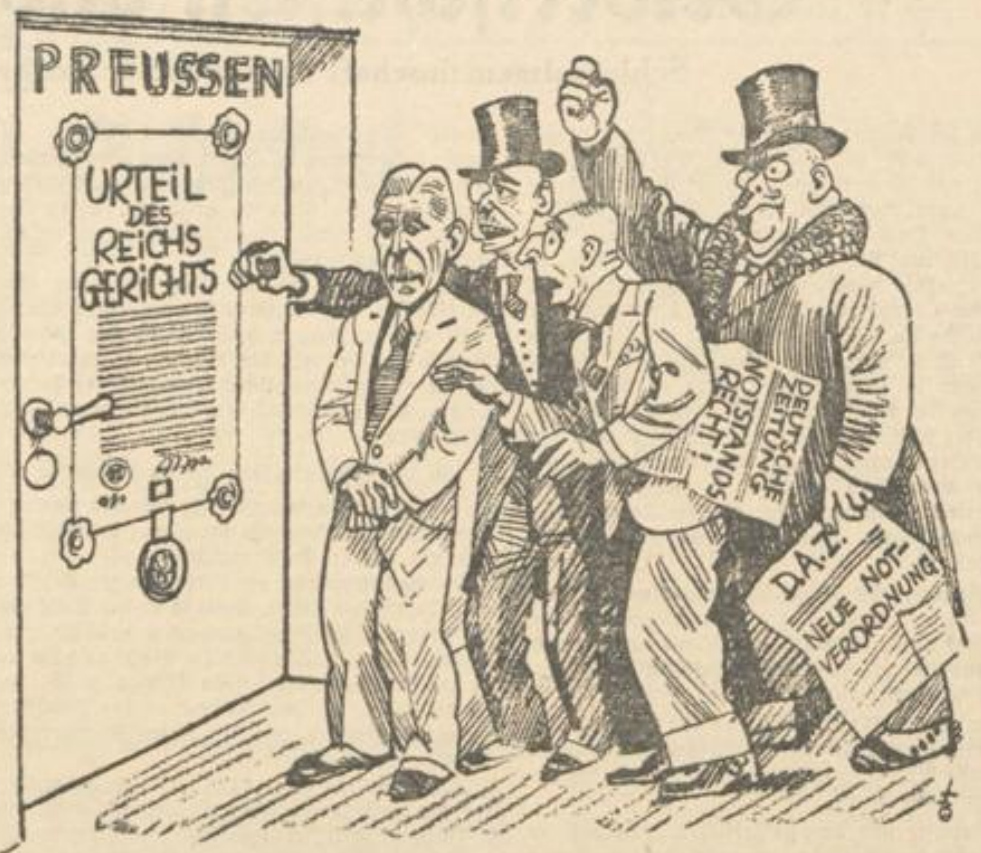
Wir weisen ferner darauf hin, daß mit dem 9. November 1918 der Grundstein gelegt worden ist für den Aufbau des republikanischen Staates, der dem deutschen Volke den Weg aus dem Chaos zum Wiederaufstieg gebnet hat. Es müßte daher eine Ehrenpflicht des Rundfunks als einer Einrichtung der deutschen Republik sein, der entscheidenden und positiven Bedeutung dieses Tages in seinem Programm zu gedenken. Der republikanische Teil des deutschen Volkes kann es nur als eine beschämende Lausache empfinden, daß der Rundfunk nicht von sich aus diese selbstverständliche Pflicht erfüllt.

Die Haltung des Rundfunks muß um so mehr befremden, als zum Beispiel der Berliner Sender für den 28. Oktober eine Hörfolge über Mussolini anläßlich des zehnjährigen Gedentages des Marzches auf Rom vorgelesen hatte. Diese Verbeugung vor einem ausländischen Herrschaftssystem, das das Deutschland in Südtirrol brutal unterdrückt, läßt das Verhalten der deutschen Sender in einem besonders merkwürdigen Licht erscheinen, wenn auf der anderen Seite den breiten Volksschichten des eigenen Landes das elementarste Recht, an einem Schicksalstag des deutschen Volkes zu Wort zu kommen, verweigert wird. Bleibt die Ablehnung aufrechterhalten, so ist damit zweifellos dargelegt, daß im Rundfunk mit zweiwärtiger Mehrheit gemessen wird. Die starke Erregung, die schon in weiten Bevölkerungskreisen über die einseitige Programmhaltung des Rundfunks herrscht, wird dadurch nur noch mehr gesteigert werden, so daß gerade durch die Ablehnung unseres Vorschlages die befürchtete Verschärfung der innenpolitischen Gegensätze eintreten wird.

Wir bitten daher das Reichsinnenministerium, die Direktionen der Deutschen Welle und der Berliner Sender aufzugeben und den berechtigten Wünschen der republikanischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, damit der von der Reichsregierung wiederholt betonte Grundsatz der Unparteilichkeit auch im Rundfunk zur Geltung gebracht wird.

Wir bitten daher das Reichsinnenministerium, die Entscheidung der Direktionen der Deutschen Welle und der Berliner Sender aufzugeben und den berechtigten Wünschen der republikanischen Bevölkerung Rechnung zu tragen, damit der von der Reichsregierung wiederholt betonte Grundsatz der Unparteilichkeit auch im Rundfunk zur Geltung gebracht wird.

# Die Versucher



Nicht zögern, Herr Reichskanzler, abreißen! Pah — ein Fetzen Papier!"

## Haftung der Banfruiureure

### Auch Rothschild soll büßen

Die Regierung der Republik Deutschösterreich hat eine Notverordnung zur Sicherstellung (Pfändung) des Vermögens derjenigen erlassen, die für den so folgenschweren Zusammenbruch der Kreditanstalt verantwortlich sind. Diese Großkapitalisten setzen natürlich alle Rechtsmittel und sonstigen Hebel gegen die Ausführung jener Verordnung in Bewegung, und in einem Falle hat das Handelsgericht den Antrag der Finanzbehörde bereits abgewiesen. Das war nur möglich, weil die Verordnung nicht von vornherein gegen gerichtlichen Eingriff hieb- und stichfest gemacht worden ist.

Gegen einen Hauptverantwortlichen aber, den „Baron“ Louis Rothschild, der während der letzten Jahre Präsident der Kreditanstalt gewesen ist, geht die Regierung des Bürgerblods überhaupt nicht vor; er besitzt zwar ein Riesenvermögen, ist aber nach dem Gesetz nicht haftbar, weil er nicht dem geschäftsführenden Vorstand, sondern dem — verantwortungsfreien — Verwaltungsrat angehört. Diesen Mangel nun zu erlegen, haben die Sozialdemokraten beantragt, daß die Banhaftung auch gegen Verwaltungsräte geltend gemacht werde. Weiter verlangen sie, daß die in verfassungswidriger Form angeordnete — und darum vor gerichtlicher Aufhebung nicht gesicherte — Sicherstellung des Vermögens der Schuldigen in die korrekte Gesetzesform umgewandelt werde. Das Gesetz soll als Verfassungsgesetz beschlossen werden; damit nicht eingewendet werden kann, es handle sich um ein Ausnahmegesetz gegen Einzelpersonen.

Nun haben die bürgerlichen und faschistischen „Antikapitalisten“ das Wort!

## 2000 Hungermärtler

### Gegen den Bedürftigkeitsnachweis

Eigener Bericht des „Vorwärts“

London, 26. Oktober

Die aus allen Teilen Englands auf London zufließenden Hungerdemonstranten, deren Zahl auf 2000 geschätzt wird, treffen zum großen Teil in der Nacht zum Donnerstag in der Hauptstadt ein. Sie werden in den kommenden Tagen demonstrieren gegen die geringe Höhe der Arbeitslosenunterstützung, vor allem aber gegen den Bedürftigkeitsnachweis. Die Londoner Polizei hat große Vorbereitungen getroffen, um unliebsame Zwischenfälle von vornherein unmöglich zu machen.

Der Abgeordnete der Unabhängigen Labour-Party Mc Govern beantragte, daß eine Delegation der Demonstranten vor dem Unterhause die Forderungen der Arbeitslosen vorbringen könne. Dazu wird es schwerlich kommen. Aber das Parlament wird sich ohnedies am Donnerstag mit einer neuen Vorlage zur Abänderung des Verfahrens bei Anwendung des Bedürftigkeitsnachweises befassen. Daß der Grundsatz des Bedürftigkeitsnachweises beibehalten werden wird, ist kaum zweifelhaft. Die Labour-Party, deren Mißtrauensantrag gegen die Regierung inzwischen mit 462 gegen 55 Stimmen abgelehnt wurde, wird jede Form des Bedürftigkeitsnachweises im Parlament bekämpfen.

Neuer Mord in Sofia. Am Donnerstag wurde der aus Südbulgarien eingereiste Bulgare Mitoff erschossen. Der Räuber Lodor Petroff hat sich der Polizei gestellt, er habe Mitoff als serbischen Spion hingerichtet.

# Schafft Munition!

## Für den Wahlkampf!

### Unterstützt den Kampf für Freiheit und Brot

Freiwillige Spenden auf Postscheck-Konto 14 157 (Adolf Holz)



# Sechs Bräute und ihr Schicksal

## Die große Hoffnung — Momentbild von der Not der jungen Leute

In dem Atelier eines Berliner Großbetriebs steht ein Arbeitstisch. Das ist nichts Absonderliches, denn es stehen viele Arbeitstische da. Aber an diesem einen Tisch sitzen acht Frauen. Von ihnen sind sechs Bräute, deren sechs Brautmänner wiederum alle arbeitslos sind. Hätten wir die Krise nicht, dann würde dieser Arbeitstisch gar nicht mehr existieren, alle Bräute wären längst verheiratet. So müssen die Bräute weiterarbeiten, hoffentlich keine bis an den St.-Nimmerleinstag.

Die erste Braut hat einen Schneidergesellen. Er ist schon anderthalb Jahre arbeitslos und einer von den 6000 Schneidergesellen, die auf dem Nachweis sitzen, während 3000 noch Arbeit haben. Die Aussichten sind denkbar trübe: als die Schneider die Klappen noch mit der Hand pflühten, brauchten sie dazu 30 Minuten, heute machen das die Maschinen in 6 Minuten. Mit der Zeit wird übrigens ein Erwerbsloser der Deibel des anderen, wenn der arbeitslose Brautmann zum Beispiel einem Bekannten einen Hofenboden einsehen würde und ein anderer merkt das, dann kann er Gift darauf nehmen, daß das Wohlfahrtsamt am nächsten Tag einen Brief des Denunzianten hat.

Die zweite Braut hat einen Mechaniker. Dieser junge Mann ist bereits über zwei Jahre arbeitslos. Geht den Fall, er bekäme Arbeit, dann könnte er auch noch seinen Hausstand gründen. Aus besseren Tagen hat der Schlosser noch ein Segelboot. Er kann es halten, weil sein Verein von Arbeitslosen kein Standgeld nimmt und die Braut das Fahrgehalt für das Wochenende bezahlt.

Die dritte Braut hat einen Tischler. Obwohl er 23 Jahre alt ist, bekommt er keine Unterstützung, denn sein Vater ist Meister. Keulich bekam er eine Aushilfe. Er war gerade einen Tag im Betrieb, da begann die RWD, eine wilde Riste zu schieben. Am Abend kam der Tischler nach Hause und schimpfte: „Kinders, man ist ja kein Streikbrecher, aber den ersten Tag wieder im Betrieb sein und dann gleich streiken, das ist ziemlich reichlich, wenn man jahrelang arbeitslos war.“

Die vierte Braut hat einen Angestellten. Der war anderthalb Jahre arbeitslos und

ist einer von den weißen Raben, die durch die Steuergutscheine Arbeit bekommen haben. Sein monatliches Gehalt beträgt 120 Mark, dafür bekommt der Unternehmer allerdings erst einmal 400 Mark vom Staat. Dennoch freute sich der Arbeitslose; während der Tischzeit am ersten Tag kam er sofort zu seiner Braut gerannt, brachte ihr eine Tafel Schokolade mit und sagte: „Siehst du, nun habe ich wieder die Kaufkraft gehoben!“

Die fünfte Braut hat sich mit ihrem Feinmechaniker erst kürzlich verlobt. Der schon mehrere Jahre arbeitslose Brautmann konnte natürlich keine Ringe für 36 Mark kaufen, so ließ er sich den einen von seinem Vater geben, und einen anderen hatte er mal gefunden. Das Umschmelzen kostete dann pro Ring nur 4 Mark. So

konnte Verlobung gefeiert werden mit Lagerbier und Heringsalat.

Die sechste Braut endlich hat einen Schlossergesellen. Natürlich arbeitslos. In der Familie der Braut ist so gut wie alles „tot“, der Vater arbeitet verkürzt, der Bruder ist arbeitslos, die Schwester muß den gesamten Verdienst von 20 Mark netto abgeben. Sie kann also nicht wie die anderen ihrem Bräutigam Sonnabends ein Glas Bier kaufen. Sie kann auch kein Geld für die Bettbezüge sparen. Ihr armer Bräutigam erhält sogar nur 7 Mark Unterstützung die Woche. Es ist schlimm.

Nun warten die sechs kleinen Bräute darauf, daß die Krise einmal enden möge. Helfen wir, daß sie nicht zu lange warten müssen!



Zaungäste am Äppelkahn

Auf den „Äppelkähnen“ ist das Obst nicht gerade teuer. Aber selbst dazu reicht es nicht mehr. So steht man am Geländer und schaut sehnsüchtig auf die vollen Kisten.

verzweigten Gangsystem verbunden sind, war es natürlich nicht gleich möglich, festzustellen, wohin sich der Flüchtling gewandt hatte, der aber auf keinen Fall auf diesen Gängen aus dem Gebäude herauskommen konnte, zumal die nach den Verhandlungsfällen führenden Gangtüren nach Schluß der Sitzungen abgeschlossen werden. Man forderte schließlich vom Gefängnis einen Polizeihund an, mit dem sich einige Beamte auf die Suche nach dem Flüchtigen machten und ihn bald fanden. Uebrigens wurde Ernst, während man noch nach ihm suchte, vom Gericht freigesprochen, es schweben aber noch andere Verfahren gegen ihn.

## Stimmzettel befragen

### Keine Stimme darf verloren gehen!

Wer sich am 6. November außerhalb seines Wohnortes aufhält, lasse sich rechtzeitig durch die Gemeindebehörde seines Wohnortes einen Stimmzettel ausstellen. Besonders wichtig ist die Befragung von Stimmzetteln für Seelenleute, für die Befragung der Binnenschiffe, für Angehörige der Reichsbahn, der Reichspost, wie aller Verkehrsunternehmungen. Auf Grund des Stimmzettels kann in jedem beliebigen Stimmbezirk des Deutschen Reiches abgestimmt werden. Der Stimmzettel ermöglicht auch die Stimmabgabe im Reiseverkehr auf den größeren Durchgangsbahnhöfen sowie an Bord der für die Abstimmung in Betracht kommenden Seeschiffe. Keine Stimme darf der Liste 2. der Liste der Sozialdemokratie verloren gehen!

## Gastwirt überfallen

In einer Gastwirtschaft am Weißensee Weg in Hohenschönhausen erschienen gestern vier junge Burschen, die eine Lage Bier tranken und dann mit einem Fünfundzwanzigmark Schein bezahlen wollten. Dem Wirt waren die vier verdächtig vorgekommen und mit der Kassette, die unter dem Ladentisch stand, ging er nach der Küche, um den Schein dort zu wechseln. Jetzt rief einer der Burschen, daß er mit einem Dreimarkstück zahlen wolle. Der Restaurateur kam in den Laden zurück, ließ aber wohlweislich die Kassette in der Küche stehen. Das vierblättrige Kleeblatt bedrohte den Wirt plötzlich, und einer der Burschen eilte in die Küche, ergriff die Kassette und flüchtete. Die anderen drei schlossen sich ihm an. Die Banditen versuchten in eine Autodroste zu springen und davonzufahren. Mittlerweile war aber der Wirt mit einigen Nachbarn hinter den Räubern hergeeilt. Es gelang ihnen, drei der Täter zu fassen, der vierte dagegen konnte mit der Kassette, in der sich etwa 50 Mark befanden, entkommen.

## Unruhen in Neukölln

Vor dem Rathaus Neukölln kam es gestern wieder zu Demonstrationen kommunistischer Erwerbsloser. Während der Sitzung der Neuköllner Bezirksversammlung bildete sich vor dem Rathaus in

## Unzüchtig?

### Muckertum gegen Wissenschaft

Das Muckertum macht immer weitere Fortschritte. Was noch vor wenigen Jahren auf dem Büchermarkt erlaubt war, soll jetzt verboten werden. Es gab stets Werke erotischen Inhalts von großem wissenschaftlichen und künstlerischen Wert, die zwar nicht der Masse der Leser zugänglich waren, die aber von speziell interessierten Fachleuten auf dem einen oder anderen Gebiete erworben werden konnten. Diese Bücher wurden numeriert ausgegeben, es bestand im großen und ganzen die Gewähr, daß sie nicht in unbefugte Hände gelangen würden. Zu solchen Werken gehörte auch die sogenannte „Anthropophyteia“ herausgegeben von dem Wiener Professor Kraus. Die zahlreichen Bände enthielten Sammlungen von Aussprüchen, Sagen, Erzählungen usw., so-

eratischer Kunst beigegeben. Die beiden Bände sollten nur Interessenten geliefert werden. Die Staatsanwaltschaft leistete jedoch gegen diesen Band das objektive Verfahren ein mit dem Ziele, daß es eingestampft werde.

Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Vertreter des Verlages, die Rechtsanwältin Gronemann und Klee, hatten eine Anzahl hervorragender Sachverständiger geladen, die sich äußern sollten, ob das Werk als unzüchtig zu betrachten sei oder nicht. Professor Thilenius, einer der größten Kenner auf dem Gebiete der Völkerkunde, Professor Buschan und Professor Kronfeld erstatteten ihre Gutachten dahin, daß das Werk größten wissenschaftlichen Wert beanspruchen dürfe. Die Sachverständigen des Polizeipräsidiums glaubten dagegen, das Werk für unzüchtig erklären zu müssen. Eine besondere Gefahr erblickten sie darin, daß es auch den Leihbibliotheken zugänglich werden könne und so in die Hände unerfahrener Jugend geraten würde.

Der Staatsanwalt beantragte die Einstampfung des Werkes, die Verteidiger forderten seine Freigabe. Das Urteil wird erst am Sonnabend gefällt.

## Alarm im Gericht

### Fluchtversuch eines Gefangenen

Im Neuen Kriminalgerichtsgebäude in der Turmstraße wurde gestern nachmittag gegen drei Uhr plötzlich das Alarm signal gegeben, das verabredete Zeichen dafür, daß ein Gefangener zu entfliehen versuche. Vorschriftsgemäß wurden sofort alle Ausgänge des Gebäudes, sowie der Verbindungsgang des alten Gebäudes von Justizwachmeistern besetzt.

Es stellte sich dann heraus, daß bei der im Saal 303 tagenden 3. Strafkammer des Landgerichts II, wo sich unter dem Rubrum „Sch e m-

mert und Genossen“ drei Untersuchungsgefangene wegen schwerer Diebstahls im Rückfall zu verantworten hatten, einer der Angeklagten während der Urteilsberatung zu Fluchten versucht hatte, und zwar ein gewisser Peter Ernst. Seine beiden Mitangeklagten waren bereits von Justizwachmeistern nach dem Untersuchungsgefängnis zurückgebracht worden, und dann wollte man ihn abholen. In einem unbeobachteten Augenblick verschwand dann aber Ernst in dem Gang, der direkt von der Anklagebank zu dem nur für den Gefangenentransport dienenden Verbindungsgang zum Untersuchungsgefängnis führt. Da alle Verhandlungssäle mit diesem sehr

## Der seltsame Reisende

### Der Mann aus dem D-Zug ein „blinder Passagier“?

Das mutmaßliche Verbrechen im D-Zug 45 Wiesbaden—Berlin hat eine seltsame Wendung genommen. Der nach dem ersten Befund im Zuge als betäubt und beraubt angeprochene Reisende hat in den gestrigen Nachmittagsstunden das Bewußtsein im Krankenhaus Friedrichshain wiedererlangt, und es taucht der Verdacht einer raffinierten Täuschungsaktion auf.

Beamte des Raubdezernats erschienen alsbald im Krankenhaus, um den Mann zu vernehmen. Seltsamerweise reagierte er auf die ihm gestellten Fragen überhaupt nicht. Man nahm deshalb an, daß der Fremde der deutschen Sprache nicht mächtig sei, und reichte ihm Papier und Schreibzeug. Aber auch das ließ der Mann unbeachtet. Sein Appetit dagegen war recht gut, und als sich der Mann unbeachtet glaubte, stand er sogar

aus seinem Bett auf und versuchte von anderen Passanten einige Zigaretten zu bekommen. Nachher markierte er plötzlich wieder den Schwertkranken. Beamte des Raubdezernats wollten den seltsamen Kranken noch gestern Abend ins Polizeipräsidium holen, der behandelnde Arzt lehnte dafür aber die Verantwortung ab, da bisher noch nicht festgestellt werden konnte, was dem Mann überhaupt fehlt.

Nach allem ist es nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen sehr geschickten Simulanten handelt, der für eine kurze Strecke eine Fahrkarte löste, den größten Teil der Reise aber als „blinder Passagier“ mitmachte. Sollte sich der Fremde auch heute noch weiter weigern, seine Personalien anzugeben, so wird sich der Erkennungsdienst näher mit ihm befassen, denn es ist leicht möglich, daß man es mit einem Manne zu tun hat, der allerlei auf dem Kerbholz hat.

**OSRAM-LAMPEN** verkörpern jahrzehntelange Erfahrungen, daher die hohe Lichtleistung.

Erhältlich in den OSRAM-Verkaufsstellen.

# Am Pulsschlag der Arbeit

Werbearbeit in den Betrieben — Versammlungswelle über Berlin

Der Berliner Straße ein Demonstrationzug von etwa 150 bis 200 Kommunisten, die Sprechchöre bildeten. Die Polizei griff ein und zerstreute die Menge, die in die Nebenstraßen abgedrängt wurde. Drei Personen wurden wegen Nichtbefolgung der polizeilichen Anordnungen zwangsgestellt. Am Rathaus wurde dann eine Delegation von fünf Erwerbslosen empfangen, die den Fraktionsführern die Forderungen der Erwerbslosen unterbreiteten, die die unentgeltliche Belieferung mit Kohlen und Kartoffeln verlangten.

## Die KPD. sucht Dumme

Die KPD wirbt durch Plakate für Wahlversammlungen, auf denen sie neben KPD-Mitgliedern die Genossen Aufhäuser, Löbe und Ulrich als Korreferenten anführt. Das ist natürlich ein großer Unfug; denn selbstverständlich haben die genannten Genossen etwas anderes zu tun, als kommunistische Versammlungen interessant zu machen. Dasselbe gilt für unsere Parteigenossen und Freunde — wir werden diese Versammlungen nicht durch unseren Besuch aus der Oede kommunistischer Phrasendrescherei herausheben.

**Wieder Wochenendzug nach Hamburg.** Als nächste Wochenendfahrt veranstaltet die Reichsbahndirektion Berlin am 12. und 13. November eine Sonderzugfahrt nach Hamburg. Der Zug wird am Sonntag, 12. November, ab Berlin Lehrter Bahnhof 11.45 Uhr abfahren und um 16.42 Uhr in Hamburg eintreffen. Die Rückfahrt erfolgt am Sonntag, 13. November, ab 19.40 Uhr, an Berlin-Lehrter Bahnhof 0.15 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für die 3. Klasse 11.60 M., für die 2. Klasse 17 M. Der Verkauf der Fahrkarten und Zusatzkarten beginnt am 31. Oktober bei der Fahrkartenausgabe des Lehrter Bahnhofs und bei den bekannten Ausgabestellen des Mitteleuropäischen Reisebüros.

**Flugzeugtag in Tempelhof.** Nachdem die Aufsichtsbehörden für den Start der fliegenden Flugzeugen die Genehmigung erteilt haben, wird am Sonntag, dem 30. Oktober, im Zentralflughafen der Abflug von drei Flugzeugen des Ostpreussischen Konstruktors erfolgen.

**Zimmervermittlung für republikanische Studenten.** Der Kreis Berlin des Deutschen Studentenverbandes hat gemeinsam mit dem Reichsbanner eine Zimmervermittlung eingerichtet, die dazu dienen soll, Zimmer bei Reichsbannermitgliedern an republikanische Studenten zu vermitteln. Es

Der fünfte Großwahlkampf, den die Berliner Sozialdemokratie in diesem Jahre zu führen hat, begann bei allen Parteien in seinen weiteren Auswirkungen etwas später als die vier vorausgegangenen Kämpfe dieses politisch bewegten Jahres, das an alle Freunde, welche Stellung sie auch einnehmen mögen, ganz besonders starke Anforderungen stellt.

Freilich, die Berliner Sozialdemokratie war sehr früh auf dem Posten. Schon bevor der Wahltermin festgelegt war, hatte sie die Tausende ihrer Anhänger in den Sportpalast gerufen. Unsere Massenversammlung, in der damals Otto Wels und Paul Löbe und der österreichische Genosse Ellenbogen sprachen, war ein großer Erfolg.

Heute tragen wir die roten Fahnen der Freiheit nach dem Berliner Westen, dem Hauptquartier des reaktionären Bürgertums.

Albert Grzesinski und Emil Groß von der Sozialistischen Studentenschaft werden zu den freigeitlich gesinnenden Berlinern sprechen. Wie bei der großen Kundgebung kurz vor der Reichstagswahl vom 1. Juli, in der neben Wels Carl Severing sprach, soll auch heute abend der Westen von den Symbolen der deutschen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, beherrscht sein.

Neben den großen Massenaufmärschen leisten die Berliner Sozialdemokraten eine Arbeit, die weniger in die Augen fällt, dennoch aber von ganz besonderer, vielleicht manchmal sogar noch

siehe eine große Anzahl Zimmer in allen Stadtteilen in den verschiedensten Preislagen zur Verfügung. Die Vermittlung ist kostenlos. Sie findet im Büro des Deutschen Studentenverbandes, Berlin NW. 7, Albrechtstr. 11, Gartenhaus 2 Tr., ab Mittwoch, den 26. Oktober, bis Mittwoch, den 9. November, täglich von 3—4 Uhr statt.

Die „Plaza“ dringt vom 1. bis 15. November die Operette „Kanneliese von Dessau“ von Robert Winterberg in der Kotter-Inszenierung mit der bekannten kritischen Plaza-Besetzung zur Aufführung.

größerer Bedeutung ist. Es ist ein alter Grundlag der Sozialdemokratie, zu den schaffenden Menschen selbst in die Betriebe zu gehen und dort zu werben, wo das Blut der Arbeit pulst. So stehen täglich im „Vorwärts“ in besonders großer Zahl die Ankündigungen von Betriebsveranstaltungen, die unter dem Zeichen stehen: „Die Sozialdemokratie im Kampf gegen kapitalistische Verelendung, für sozialistischen Aufbau“. Besonders schwer, aber darum keineswegs mit weniger Energie durchgeführt, ist die Arbeit sozialistischer Werbung bei den Erwerbslosen, jenen allzu vielen Männern und Frauen, die durch eine grausame Wirtschaftsordnung aus dem Produktionsprozess herausgerissen sind.

Daneben werden selbstverständlich in Kreisen und Abteilungen Tag für Tag öffentliche oder geschlossene Wahlversammlungen abgehalten, über die im einzelnen zu berichten aus raumtechnischen Gründen einfach unmöglich ist. So haben beispielsweise gestern im proletarischen Bedding nicht weniger als fünf öffentliche Wahlversammlungen stattgefunden, bei denen die Genossen Lorenz Breunig, Hans Gottschalk, Karl Bermuth, Paul Meißel und Hermann Schühlinger sprachen. Unsere unermüdblichen Frauen veranstalteten vorgestern in Schönberg in der Oberstraße eine Kundgebung „Gegen Ausbeutung und Not, für Sozialismus, Freiheit und Frieden“, bei der Käthe Kern und Elfriede Wollmann herzlichsten Beifall fanden. In Buchholz bei der 133. Ab-

teilung nahm eine Versammlung, bei der Genosse Rudolf Wissell über die Arbeiterkraft im Kampf gegen die Reaktion sprach, einen besonders begeisterten Verlauf. In der Diskussion sprach ein Nationalsozialist so schön, daß Wissell in seinem Schlusswort sagen konnte, daß er selten eine so gute Agitationsrede für die — Sozialdemokratie gehört hätte.

## Ein Wille beseelt uns!

Mit den Männern und Frauen weiterfeiern unsere Jugendlichen, weiterfeiern die Reichsbanner, weiterfeiern die Kinderfreunde, die Arbeiterportier, die Arbeiterfänger und alle die anderen kulturellen Verbände, die im Dienst der Arbeiterbewegung stehen. Es ist bei den Berliner Genossen und Genossinnen ein einiger Wille zu Kampf und Sieg; für die Sozialdemokratie, für die Liste 2!

Eine besonders eindrucksvolle Kundgebung für die Wahl der sozialdemokratischen Liste am 6. November veranstaltete der Werbeausschuß der SPD im Bezirksamt Friedrichshagen. Im Rahmen einer Matinee hielt Bürgermeister Genosse Meißel eine mit großer Begeisterung aufgenommene Ansprache. Martha John, das Oberste Monz-Quartett sowie das Kollektiv des Rudervereins „Vorwärts“ taten ein übriges, um den Kampfeswillen der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter für den Sieg der Liste 2 zu stärken.

## Berlin ruft die Fremden

Folgen der Nazikrawalle: Reichshauptstadt wenig beliebt

Auf einer Tagung des Fremdenverkehrs-Ausschusses der Industrie- und Handelskammer wurde von dem katastrophalen Rückgang des Fremdenverkehrs in Berlin Mitteilung gemacht. Auch die Schädigung der Berliner Wirtschaft ist eine Folge jener täglichen Nazikrawalle, die Deutschlands Reichshauptstadt in den Ruf einer Stadt des Bürgerkrieges brachten.

Oberbürgermeister Dr. Sahm setzte sich stark für die Durchführung der Olympischen Spiele 1936 in Berlin ein. Er erhofft aus dem Zustrom der Besucher der Olympischen Spiele eine Belebung nicht nur für einzelne Teile der Wirtschaft oder der Bevölkerung, sondern für die Gesamtheit. Staatssekretär Lewald ergänzte die Ausführungen des Vortragenden durch den Hinweis, daß der Ausbau des schon vorhandenen Stadions durch Vertiefung der Innenbahn, Vergrößerung der Zuschauerplätze usw. verhältnismäßig geringe finanzielle Anforderungen stellen wird.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde dann die Bilanz der Fremdenverkehrs-Saison 1932 erörtert und festgestellt, daß sich der Fremdenverkehr gerade für die Reichshauptstadt besonders ungünstig entwickelt hat.

Die Zahl der nach Berlin reisenden Fremden hat sich gegenüber dem Höchststand im Jahre 1928 auf die Hälfte ermäßigt.

Auch die Aufenthaltsdauer der in- und ausländischen Gäste ist gegenüber den Vorjahren gesunken, durchschnittlich bleiben die Reisenden nur vier Tage in der Reichshauptstadt.

Es wurde der Beschluß gefaßt, in einer besonderen Veranstaltung Anfang Dezember ein Notprogramm für die Belebung des Berliner Fremdenverkehrs der Öffentlichkeit zu übergeben.

## Wieder Diphtherie!

Volksschule geschlossen

In Berlin-Friedrichsfelde haben sich zu Beginn dieser Woche zahlreiche Diphtherieerkrankungen unter den Schülern der 28. Volksschule bemerkbar gemacht. Da in einer Klasse von 42 Schülern nur noch 15 am Unterricht teilnahmen und auch in anderen Klassen die Zahl der Erkrankungen sehr groß war, hat der Kreisarzt die vorläufige Schließung der Schule bis zum 6. November angeordnet.

Von der zuständigen Stelle des Magistrats wird darauf hingewiesen, daß es sich bei den feh-

lenden Schülern nicht durchweg um Diphtherieerkrankungen handelt, sondern daß viele Eltern die Kinder vom Schulunterricht bereits ferngehalten haben, wenn sie über Halschmerzen klagten, um eine Ansteckungsgefahr zu verhindern. Während der Auslegung des Unterrichts werden die Schulklassen desinfiziert.

## Die „Elite“ der Nation

SA.-Burschen als Schänder

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Bochum, 26. Oktober

Die Bochumer Polizei hat drei S.S.-Leute und einen SA.-Mann verhaftet, die ein junges Dienstmädchen in die Wohnung eines dieser Burschen gelockt haben und sich dort in der gemeinsten Weise an ihm vergingen. Das Mädchen, dem buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen wurden, hatte sich vergeblich zur Wehr gesetzt. Als Nachbarn aufmerksam wurden, war man das Mädchen nach Mißhandlungen aus dem Hause. Vorher hatte man ihr noch die Geldtasche gestohlen.

## Arbeiter schwer verunglückt

An der Ecke Eddener- und Georgstraße in Jehlendorf ereignete sich gestern nachmittag ein folgenschwerer Unfall. Der Monteur Friede aus Reimendorfer-Ost war dort mit dem Zusammenstoßen eines Lastautos und Anhängers beschäftigt. Dabei geriet er zwischen die beiden Fahrzeuge und erlitt schwere innere Verletzungen und Knochenbrüche. Der Verunglückte fand im Stubenrauch-Krankenhaus Aufnahme.

11. Kreis, 77., 78. und 79. Abteilung: Handzettel für die öffentliche Versammlung können heute in der „Vorwärts“-Expedition, Belgier Str. 27, abgeholt werden.

Das Parteimitgliedsbuch unserer Genossin Emma Kupke, geboren 13. Juni 1908, wohnhaft Barbarossastraße 80, ist verlorengegangen. Bei Austausch des Buches ist dies anzuhalten und der Kasse des Bezirksverbandes zurückzugeben.

## Wie wird das Wetter?

In Berlin: kühler und aufheitend, einzelne Regenschauer, mäßige West- bis Nordwestwinde. — In Deutschland: überall kühler, am Tage wechselnd mäßig, noch einzelne Regenschauer. In Ostpreußen anfangs noch bedeckt und Regen.

# Und wieder eine Nazipleite

Schallplatten, die nicht mehr ziehen

In der Potsdamer Str. 113a ist das Büro einer Firma, die sich „Nationaler Schallplatten-Dienst“ nennt. Sie hat noch vor einem Jahre eine Zeit bester Konjunktur durchgemacht. Da war der Nationalsozialismus, in dessen Dienst sie sich gestellt hat, große Mode. Die Platten mit den SA-Liedern wurden in Massen gekauft, und die Lieberbücher mit den Hitler-Weisen, die gleichfalls vertrieben wurden, gingen wie warme Semmeln. Drei Filialen wurden eingerichtet, und sogar die Gehälter der Angestellten und die Löhne der Arbeiter wurden pünktlich auf den Tag gezahlt. Und das will doch bei den Nationalsozialisten viel heißen!

Die Welle ist verrauscht. Die große Zeit ist vorüber. Zwei der Filialen werden heute von den früher angestellten Verkäufern selbständig weitergeführt, eine ist vollkommen eingegangen. Zum 1. November hat man zahlreiche Kündigungen vollzogen, und Septemberehälter sind restlos erst am 15. Oktober bezahlt worden. Auch bei den Löhnen wird, wie der Berliner sagt, gestottert. Der Umsatz ist um 75 Proz. zurückgegangen.

Schauen wir einmal in die Korrespondenz dieser Firma. Da finden wir z. B. folgendes Schreiben:

Lüderitz & Bauer  
Aktiengesellschaft für Buchgewerbe  
Berlin SW 68, Wilhelmstr. 118,  
Buchgewerbehaus.  
Diktat. Den 3. Oktober 1932.  
Schl./M.  
Firma Nationaler Schallplattendienst  
z. Hd. Herrn Direktor Obermüller  
Berlin W.,  
Potsdamer Str. 113a.

Dowohl wir Ihrem Wunsch entsprechend am 15. September die Restzahlung von 479 M. auf den 3. Oktober verlegten, ist es uns heute

abermals nicht möglich, zu unserem Gelde zu kommen. Wir können telefonieren, wann wir wollen, niemals ist einer der Herren zu sprechen. Wir bebauern dieses außerordentlich und bitten, bis morgen früh 10 Uhr die 479 M. zu uns zu schicken, andernfalls sehen wir uns gezwungen, wieder die Forderung vorzunehmen, was wir doch vermeiden wollten.

Hochachtungsvoll  
Lüderitz & Bauer  
Aktiengesellschaft für Buchgewerbe.  
gez.: Ludewig.  
Und ein anderes:

RE-Druckerei.  
Inhaber: SA-Mann E. Popp  
Berlin-Lichterfelde,  
Hindenburgdamm 86.  
Telefon: W. 3 Lichterfelde 3956.

An den  
Nationalen Schallplatten-Dienst  
Berlin.  
Den 8. Oktober 1932.

z. Hd. Herrn Auffarth  
Zu heute, Sonnabend, wurde mir ganz fest eine größere Konto-Zahlung für Wohnung versprochen, dreimal habe ich heute bei Ihnen angerufen, aber jedesmal waren die Herren zur Konferenz, auf gut deutsch, haben sich verweigern lassen. Ich kann meinen Verpflichtungen nicht nachkommen, wenn mich meine Kunden so behandeln, wie Sie es mit mir machen. Am kommenden Montag werde ich die Klage gegen Sie einleiten.

Mit deutschem Gruß!  
gez.: Unterschrift.  
„Wir sehen uns gezwungen, wieder die Forderung vorzunehmen.“ Am kommenden Montag werde ich die Klage gegen Sie einleiten.“

Es ist weit gekommen mit der Nazipleite!

Total-Ausverkauf  
Millionenwerte  
LEIPZIGER-  
ECKE  
MARKGRAFEN-  
STRASSE  
müssen  
schnellstens  
geräumt  
werden!

Restetage  
Freitag von 9-4 Uhr  
Dekorationsstoff-Reste  
Gardinen-Reste  
Läuferstoff-Reste  
werden  
verschleudert!



Achtung, Stadtverordnetenfraktion!

Heute 16 1/2 Uhr außerordentliche Fraktionsitzung.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr.

- 1. Kreis. Achtung, Erwerbslose! Freitag, den 9 bis 17 Uhr...

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Heute, Donnerstag, letzter Vorkursus im Heim Charlottenburg...

Wkt. Sturmflut. Wegen der Gefahr...

Frauenvereinfaltungen.

Sonnabend, den 3. November, spricht um 19 1/2 Uhr...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 83. Wkt. Am 22. Oktober verstarb nach langem schwerem Leiden...

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Sämtliche Gruppenveranstaltungen fallen aus...

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, folgende Veranstaltungen: Karbo II: Jugendheim...

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“: Geldkassette: Berlin S. 14, Gebälkstr. 37-38...

Veranstaltung Berg (Kortrup): Neben Freitag Heimabend...

Englisch Klasse „Verweigerung“: Heute, 21 Uhr...

Achtung, Bildungsobdient! Die Karten zu der Beitragswohle...

Volksoper-Berlin e. V. (Abteilung Einheitsbücherei): Regelmäßige...

Der Männerchor „Sangeschöner Kamm“ (Mitglied des Deutschen Arbeiter-

Operants-Gruppe Berlin-Nord: Sonnabend, den 3. November...

Berlin für Volkshilfe: Sechste öffentliche Sitzung...

Kriegsband der Kriegsberechtigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinter-

Deutscher Arbeiter-Abkürzungs-Bund, Kreis Wedding: Kreisvorsitz für...

Freie Nationalistische Schützerei (FNS): Gruppe Wilmersdorf...

Kreisband der Körperbehinderten e. V. Landesverband Berlin-Brandenburg...

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Todes-Anzeigen: Fritz Wüstenhagen...

Winter Garten: Bronett-Familie: Lord Ain, 7 Alfredos, Marianne u. Roberts...

Städt. Oper: Die Entführung aus dem Serail: 20 Uhr...

CASINO-THEATER: Königin der Luft: Am 4. November zum 1. Male...

Kabarett für Alle: 4 Uhr Täglich 2-9 Uhr: Das sensationelle Kabarett-Programm...

KLEINE ANZEIGEN: Preise: Überschriftswort 20 Pf., Textwort 10 Pf.

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Oskar Matern: geb. 26. April 1870...

VOLKSBUHNE: Die Ratten: Dorisch, Köpfer, Wernicke, Karchow...

Metropol-Theater: Maffary: in Eine Frau, die weiß, was sie will!

Wallnertheater: Leibkutscher des Fridericus Rex: Singspiel v. G. Quadenfeldt...

Stettiner Sänger: Letzte Woche! „Und abends wird getanzt“...

Verkaute: Radios, Grammophone, Schallplatten...

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Branchen-Versammlung der Kessel schmiede...

GROSSES SCHAUSPIELHAUS: Der Studentenzprinz: Sonntag, nachm. 3 Uhr...

Theater im Admiralspalast: Gitta: Täglich 8 1/2 Uhr...

Schiller: Robert und Bertram: Alfred Braun, Fritz Birch, Senta Steinfeld...

ALLIANCE FRANCAISE: Die Schule zum praktischen Erlernen der franz. Sprache...

Kraftfahrzeuge: Motorräder, Autos, Kleinwagen...

Achtung! Verwaltungsmittglieder! Freitag, den 26. Oktober 1932...

Deutsches Theater: Prinz Friedrich von Homburg: Regie: Max Reinhardt...

Rose-Theater: Der Hauptmann von Köpenick: Täglich 8 1/2 Uhr...

Ohne jeden Zwischenhandel! Feinster Weinbrand-Verschnitt...

Bei: Ausschank vom Faß: Kostproben gratis in allen mit \* versehenen Geschäften...

Wäsche: Nähmaschinen, Waschmaschinen, Bügelmaschinen...

Staats Theater: Ariadne auf Naxos: Donnerstag, den 27. Oktober...

B. B. B.: Lache dich gesund! Täglich 8 1/2 Uhr...

Theater Westens: Förster und Rittmeister: Wörner, Stöwe, Liechtenstein...

Lessing-Theater: Grete Mosheim Oskar Homolka in Pygmalion: Täglich 8 1/2 Uhr...

Musikinstrumente: Flöte 100 000, Trixon, Saxophon...

Fahrräder: Fahrrad, Motorräder, Kleinkinderwagen...

Haus Vaterland: Restaurant Berlin: Bretter Kempinski

Interate im Vorwärts: sichern Erfolg!

Eduard Süßkind





# SCHICKSAL MASCHINE

2) ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKEK

Ein wenig befangen war Wilhelm seinem Sohn entgegengegangen, bot ihm die Hand. „Ich lieb dich kommen, Albert“, sagte er, „weil ich mit dir zu sprechen habe. Meine Situation ist sehr ernst. Auch wenn wir uns fremd sind, du bist mein Sohn und ich bin dir Rechenschaft schuldig!“

„Das bist du nicht, Vater!“

„Doch, Albert. Du mußt wissen, wie es um mich steht. Ich habe meinen Besitz von meinem Vater ererbt, er gehört nicht mir, er gehört dir, deiner Schwester, deiner Mutter — uns allen!“

„Du weißt, Vater, daß ich keinen Besitz will. Ich habe auf meinen Teil verzichtet. Ich will nicht teilhaben an diesem Besitz.“

„Dann hast du immerhin die Verpflichtung an Mutter und Schwester zu denken. Ob du meiner Bitte, die ich dann an dich richten werde, entsprechen willst, bleibt keine Sache. Boreerst aber mußt du mich hören: Meine Fabrik ist unrentabel geworden, ich habe in den letzten Jahren unser Vermögen verloren. Der Betrieb wurde — wie du vielleicht wissen dürftest — vor wenigen Jahren rationalisiert. Unsere Maschinen waren alt geworden, wir waren nicht mehr konkurrenzfähig. Mit Zuhilfenahme meines ganzen Vermögens und Unterstützung der Bank wurden unsere Maschinen modernisiert und gegen neue ausgetauscht. Das war vor drei Jahren. Heute sind diese Maschinen nicht mehr rational, sie sind überholt. Seit etwa einem halben Jahr kommen wir nicht mehr mit. Das Problem, vor dem ich stehe, ist dieses: Entweder wir können uns neue Maschinen beschaffen oder wir müssen liquidieren. Eine Liquidierung würde ein Zurückbleiben in Armut und Not bedeuten.“

„Ich wußte nicht, in welcher Weise ich dir helfen könnte“, sagte Albert und sah starr und unentwegt auf einen nicht existierenden Punkt in die Luft.

„Es gilt einen schweren Kampf, Albert.“

„Bedenke, daß es das letzte Mal ist, daß du dein Erbe ablehnen kannst. Noch ist es vielleicht zu retten!“

„Es ist bedacht, Vater!“

„Ich dachte es mir, Albert!“ sagte Weltlin, reichte seinem Sohn die Hand, nahm an dem Schreibtisch Platz und läutete nach seinem Prokuristen.

4.

Den Abend verbrachte Weltlin allein in seiner Wohnung. Seine Gattin war nicht zu Hause; sie hatte hinterlassen, daß sie bei Geheimrat Crusius telefonisch erreichbar wäre. Wann sie von diesen Besuchen heimkehrte, war gewöhnlich ganz ungewiß. Auch Erna war noch nicht daheim. Unruhig ging Weltlin auf und ab. Als das Mädchen fragte, ob es das Nachtmahl servieren dürfe, lehnte er ab, er wollte auf die Rückkehr der Tochter warten und mit ihr gemeinsam speisen; er freute

sich auf diese Stunde, die er mit Erna allein verbringen konnte. Er versuchte die Zeitung zu lesen, doch nach wenigen Augenblicken mußte er sie wieder weglegen, sie langweilte ihn, seine Gedanken waren abseits, er konnte sich nicht fassen. Unruhig nahm er wieder den Gang durch die geräumige, einjame Wohnung auf. Ob es nicht doch das Beste wäre, die Trennung der Ehe durchzuführen? Schließlich war Erna erwachsen, ein im Leben stehender Mensch, mußte seit Jahren um das Verhältnis ihrer Eltern — wozu also die Komödie? Im Wohnzimmer blieb er stehen und betrachtete die Bildnisse seiner Eltern. Seltsam, wie veraltet das Bild seiner Mutter sich ausnahm. Die enggeschürzte Taille, das bis zum Kinn geschlossene Kleid, die hohe Haarkrone — er hatte Mühe, sich die Gestalt der Mutter zu vergegenwärtigen, ihre milden, reinen Züge, ihre ein wenig schmerzlich blickenden, großen Augen. Das Bild des Vaters lebendiger, der Kragen war zur Not auch heute tragbar, die Krawatte — groß und breit — geradezu nach neuester Mode. Er erinnerte sich des Tages, an dem ihn dieser Mann zum ersten Male in die Fabrik mitgenommen hatte. Ja, der hatte es verstanden und konnte seinem Sohn eine blühende, angelegene Fabrik hinterlassen, der war tüchtig gewesen! Was war man dagegen? Ein Bankrotteur, Bankrott hier im Haus, Bankrott dort in der Fabrik. Freilich, die Zeiten waren damals leichter gewesen. Was wußte der Vater von verti-

(Fortsetzung folgt.)

## Die Tragödie des roten Mannes

Ein Epos vom Untergang / Von Hermann Wendel

Ob gleiche Daseinsbedingungen Bleichgesichter und Rothhäute einander ähnlich machten, zwischen beiden herrschte ewiger Krieg, unerbittlicher Krieg, der die Grenzen „bis zur Bestialität“ vertrieb: „Quartier wurde in den erbitterten Kämpfen der beiden Rassen in der Regel weder gewährt noch begehrt. Ausnahmen von dieser Härte aber waren bei den Rothhäuten häufiger als bei den Weißen.“ Was Gager n an Hand unanfechtbarer Urkunden niederschreibt, ist

das unheimlich dicke Buch weißer Schmach.

„Mit stetem Vertragsbruch und geradezu viehischer Rohheit“ haßten die „Pioniere der Zivilisation“ gegen die Indianer. Wie verständlich deren sich oft mild entladende Rachewut wie anno 1782: „Nachdem man sie ihres Landes, ihrer Heimat, ihrer Jagdgründe, ja ihrer wahren Seele beraubt, überließ müßter Grenzverpeßel ihre getauften Stammesbrüder, die vollkommen harmlosen, friedlichen „betenden Indianer“ der mährischen Mission und meißelte sie erbarmungslos im sogenannten „christlichen“ Gotteshaule nieder.“ Ein Jahrhundert, das sogar ein amerikanischer Schriftsteller ein „Jahrhundert der Schande“ nennt, genügt für die „überlegene“ Rasse, um mit den eingefessenen Herren des Landes grausam und gründlich aufzuräumen. „Wie im Lauf des siebzehnten Jahrhunderts“, klagt der Trauersang von

der Tragödie der Indianer bei Sieburg, „alle Küstenstämme ausgerieben wurden, so wurde in den folgenden Jahrzehnten Horde für Horde an den oberen Mississippi gedrängt, bis schließlich im Anfang des neunzehnten Jahrhunderts die letzten roten Kelter in der abendlichen Prärie verschwanden, um im fernen Westen von USA-Maschinengewehren erreicht zu werden. In den weißen Büffelleberrmantel gehüllt, mit totemistischen Zeichen bedeckt, die Adlerfeder im schwarzen Haar, die düstere Stirn gegen das Knie gelehnt, so starb der rote Mann in der blaublumigen Savanne der untergehenden Sonne, ein Stück Menschheit, ein Stück von dir und mir.“

Freilich ist das Schuldkonto der beiden großen Nationen, die in Nordamerika Verbreiter europäischer Zivilisation waren,

der Franzosen und der Briten

nicht gleich schwer belastet. Wenn jene auch im zweiten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts den Stamm der Roten bei Stumpf und Stiel ausgerotteten, erschienen doch bei Gager n die Franzosen „tüchtiger und menschlicher als die geschäftsfalken Engländer, die unzulässig starren Schotten und nun gar die späteren, vollkommen verhärteten „Pantees“, als die Freunde des roten Mannes; sie sahen in den Indianern zwar Heiden, aber doch

zunächst Menschen, bedürftige Mitmenschen, die man verstehen und würdigen lernen, auf deren Art man sich einstellen müsse“, und: „Fanatische Indianergemein, von deren Blut die Chronik der puritanischen Kolonien starrt, Schandtatzen wie die Lebendverbrennung der Bequod und Rarraganzett in ihren Lagern, stehen im Buche der französischen Siedlungskämpfe nicht verzeichnet.“ Wollens bei Sieburg ist jede Seite dem Nachweis gewidmet, daß das Wort eines deutschen Historikers ins Schwarze trifft: „Die spanische Zivilisation erdrückte den Indianer, die englische verachtete, die französische beglückte ihn.“

Nur bleiben Gager n und Sieburg im allgemeinen die Erklärung für die Menschlichkeit der Franzosen wie für die Unmenschlichkeit der Briten schuldig; dieser nimmt zwar einen Anlauf und meint, die Franzosen seien auch hier in ihrer natürlichen Rolle gewesen, sie hätten sich dem hemmungslos um sich freilassenden Fortschritt in den Weg gestellt und für eine Weile den friedlichen Glanz des Westens verteidigt. „Der Borgangeneit, deren schön leuchtende Wangen vom nahen Ende sprechen“, Frankreichs Rolle in Nordamerika habe keine auch noch heute geltende Fähigkeit gezeigt, „immer zugleich zivilisatorisch und politisch zu handeln“. Aber auf den Grund dringt solche Deutung nicht. Auch Albert Piester in seinem trefflichen Werk „Die amerikanische Revolution“ scheint lediglich eingeborene nationale Charakterunterschiede für die ungleiche Behandlung der Indianer durch Franzosen und Engländer heranzuziehen: „Ueberall, mo romanische Volksstämme im Land des roten Mannes Fuß gefaßt haben, sind sie dem Indianer näher getreten; sie bekehrten und schützten ihn, vermischten sich mit ihm; die germanische n aber lassen den roten Mann von vornherein scharf und unvermittelt den Gegensatz zwischen Naturleben und Zivilisation fühlen, sie verachten ihn und stoßen ihn zurück.“ Ohne eine Messerspitze marxistischer Geschichtsbetrachtung geht es hier eben nicht, aber mit dieser Messerspitze geht es auch sofort. Die Wirtschaftsgrundlage der französischen Kolonisation wich vollkommen von der der englischen ab; daher und nirgendwo andersher die verschiedene Haltung zu den Indianern. Die Engländer kamen als Ackerbauer mit Riefenhunger nach Siedlungsland; sie wollten nichts als den Grund und Boden des Indianers, der, freiwillig nicht weisend,

### Morgen wieder Diskussion um Gilgi

Versteh mich recht: Nicht um Geld und Besitz, sondern um das Werk!“

„Ich erblicke hier keinen Unterschied, Vater. Das Werk bedeutet Geld und Besitz. Wenn du um dein Werk kämpfst, kämpfst du für deine Existenz, für deinen Besitz, für Geld!“

„Du irrst, mein Sohn! Ich habe dieses Werk, diese geliebte, diese verfluchte Fabrik von meinem Vater erhalten, wie er sie von dem seinen übernommen hatte. Ich habe für dieses Werk gelebt; meine Jahre, meine Kraft, mein Wesen sind in ihr — und du glaubst, daß es mir ums Geld geht! Diese Fabrik ist für mich dasselbe, was für den Vater sein Bild, für den Musiker die Komposition, für den Dichter das Gedicht, was für dich deine Idee!“

„Ich glaube, daß du dich täuschst, Vater! Ich will mit meiner Idee kein Geld erwerben, ich will für sie leben und kämpfen, der Künstler denkt nicht an Gelderwerb, wenn er schafft; dein Werk aber besteht erst dann, wenn es Geld trägt.“

„Wir werden uns nicht verstehen, Albert“, sagte Weltlin und schritt im Zimmer auf und ab. „Ich bin entschlossen, diesen Kampf bis ans Ende zu kämpfen. Es wird ein schwerer Kampf sein und ich weiß nicht, wie er enden wird. Ich spreche nicht von mir, Albert. Aber die Existenz deiner Mutter und deiner Schwester steht auf dem Spiel.“

„Erna ist in Stellung. Sie wird sich zur Not allein durchbringen können und Krüger wird ihr gewiß zur Seite stehen.“ Albert lächelte, blickte aber sofort wieder ernst in die Luft.

„Was willst du damit sagen?“

„Nichts, Vater“, sagte Albert und fuhr fort: „Und was Mutter anbelangt, na...!“

Weltlin ging mit schweren Schritten durchs Zimmer. „Du wirst noch lernen“, sagte er langsam, „daß Eltern auch nur Menschen sind.“

Nach einer Weile blieb er dann vor dem jungen Mann stehen und leise, ruhig kam seine Stimme: „Vielleicht hast du recht, Albert. Vielleicht denke ich weniger an Mutter und Erna, vielleicht mehr an das Werk — ich weiß es nicht, vielleicht gehört auch eines zum anderen. Aber ehe ich in diesen Kampf trete, der das Werk meines Vaters und deiner Vordäter vernichten kann, will ich dich bitten... will ich dich fragen, ob du diesen Kampf an meiner Seite kämpfen willst.“

„Mein Vater!“ sagte Albert und erhob sich.

## Europäische Philosophen

Parmenides (zirka 500 v. Chr.)

Sag dir nun sagen, — und nimm das Wort, daß du hörst, zu Herzen! Welche zwei Wege der Forschung allein uns denkbar erscheinen, Einer lehrt: das Seiende ist; Nichtsein ist unmöglich. Dies ist zur Ueberzeugung der Pfad; denn er folgt der Wahrheit. Doch der andere meint, es gebe auch Nichtsein, notwendig Miß es das geben: das, sag ich dir, ist ein tödlicher Irrweg. Denn was gar nicht ist, das kann man auch niemals erkennen. Noch aussprechen in Worten. Das läßt sich nimmer vollführen... So ist nur noch die Rede von einem Weg, der uns bleibt. Daß das Seiende ist, Merkzeichen hat Dieser gar viele: Niemals ist er geworden, so kann es auch nimmer vergehen. Ganz ist es, einzig nach Art und ohne Bewegung und Ende. Niemals war es, noch wird es je sein, nur Gegenwart ist es, Ununterbrochene Einheit. Wo sollt einen Ursprung es haben? Oder woraus sollt erwachsen es sein? Doch nicht aus dem Nichtsein! Solches läßt sich nicht denken noch sagen. Undenkbar, unfaßbar Ist's ja, daß es nicht wäre. Was hätte auch je es genötigt. Aus dem Nichts zu entstehen fürwahr, sei's früher, sei's später? Und doch so muß denn entweder es unbedingt sein oder gar nicht... Doch der Gewißheit Kraft läßt auch nicht als möglich erscheinen. Daß aus dem Seienden etwas, das neben ihm wäre, entstünde. Werden gibt und Vergehen, die Dite in Fesseln geschlagen, Rimmer sie frei; sie bleiben gebannt. Hier liegt die Entscheidung; Entweder ist, was ist, oder nicht. Dann ist schon entschieden Gegen den Weg, der, undenkbar, unfaßbar, und nicht zu der Wahrheit führt, und zugunsten des andern, der richtig und wirklich vorhanden Wie denn sollte in Zukunft das Seiende sein, wie geworden? Ist es geworden und wird es erst sein, so ist es nicht wirklich. Drum ist das Werden erloschen, verschollen ist ganz das Vergen; Ueberall ist das Seiende gleich; nicht läßt es sich teilen. Nicht gibt's hier ein stärkeres Sein, ein schwächeres dorten, Das den Zusammenhang führte, von Seiendem voll ist ja all Seiendes schlicht sich an Seiendes an: nie klappt eine Lücke. Ohne Bewegung ruht es von mächtigen Banden umschlossen. Ohne Beginn, ohn' Ende. Denn weit in die Ferne verschlagen Sind Entstehen und Vergehen, verschleucht von das Wahren Gewißheit.

### mit Gewalt verdrängt oder folgeschlagen

werden mußte. Die Franzosen dagegen waren Peizhändler, die von den Rothhäuten Bären- und Biberfelle gegen wertlose Kleinigkeiten eintauschten. Sie waren auf die Freundschaft, ja, geradezu auf die Kameradschaft mit den Indianern angewiesen, die ihnen die Bären jagten und die Biber fingen, und hatten es billig, sich auf deren Art „einzustellen“ und sie zu „schützen“ und zu „hegen“. Die Franzosen als Ackerbaukolonisten hätten sich genau so unmenschlich benommen, wie die Engländer als Peizhändler menschlich, denn was des Menschen Handlungen bestimmt, ist nicht eingeborener Charakter oder metaphysische Idee, sondern sein gesellschaftliches Sein.

Aber ob die wohlwollend väterliche Stellung des Franzosen zur Rothhaut im wesentlichen ökonomisch bedingt war, im dankbaren Herzen der Indianer lebte Frankreich für immer als der uneigennützigste Freund der roten Rasse weiter. „Der rote Mann“, klagt Sieburgs Epos aus, „ritt schweigend der tröstlichen Nacht entgegen. Auf erbläuter Lippe trug er die Verwünschung gegen alle weißen Nationen — doch nicht gegen die Franzosen.“